

CDU-Mittelstand fordert: „Runter mit den Steuern“

MIT-Chef im Landkreis Harburg verlangt Krisenhilfe für kleinere Betriebe

Indes sind die Chancen auf Staatshilfen für die Karstadt-Mutter Arcandor gestern stark gesunken.

Von Claudius Ossig

Harburg/Buchholz. Kaum ist das staatliche Füllhorn über Hypo Real Estate und Opel ausgeschüttet worden, betteln immer mehr Großunternehmen wie Arcandor, Schaeffler und Porsche um staatliche Milliardenhilfen. Doch wo bleibt da der Mittelstand? Die globale Wirtschaftskrise bringt auch kleinere Unternehmen zunehmend in Existenznot. „Große Probleme haben wir bereits im Bereich Logistik, aber auch beim exportorientierten Maschinenbau“, beschreibt der Vorstandsvorsitzende der CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) Harburg Land, Wilfried Uhlmann, die Situation. Als Mittel gegen die Krise fordert der 64-jährige Buchholzer: „Steuern runter und entbürokratisieren!“

Uhlmann betont zwar, dass die Bundesregierung den Mittelstand nicht hängen lasse. Dafür würden die Förderprogramme sorgen. Aber: „Für im Rampenlicht stehende Unternehmen soll es immer mehr Hilfen geben, die uns später noch teuer zu stehen kommen können. Wir befürchten, dass im Zeichen des Wahlkampfes gepunktet werden soll, indem zu leichtfertig volkswirtschaftlich bedenkliche Zusagen gemacht werden.“

Nach Feststellung der MIT leiden immer mehr Firmen in Harburg Stadt und Land unter schleppenden Zahlungen. „Ich würde hier nicht von Zahlungsmoral sprechen, denn dies setzt aktives Handeln voraus. Aber hier können die Schuldner ein-



„Schöner shoppen in der Stadt“ – aber wie lange noch? Für Karstadt wird es mehr als eng. Auch der MIT-Chef im Landkreis Harburg, Wilfried Uhlmann (kleines Foto), sieht staatliche Hilfen für den Konzern als ungerechtfertigt an. Fotos: dpa/ein

fach nicht zahlen, auch wenn sie wollten“, sagt Uhlmann, und: „Wenn ein Betrieb nicht zahlen kann, ist ein anderer davon sofort betroffen. Das ist eine Kettenreaktion.“ Die wirksamste und direkteste Hilfe für den Mittelstand seien Steuer-senkungen und Entbürokratisierung. Zu viel Bürokratie behindere derzeit die Unterneh-

mer bei Investitionen. Hier könne der Staat auch den kleinen Firmen helfen. Uhlmann: „Wenn das Geld durch niedrigere Steuern direkt beim Unternehmer ankommt, kann dieser leichter und schneller als mit Hilfe der bisher aufgelegten Förderprogramme investieren.“

Kein Verständnis hat Uhl-

mann dafür, dass der angeschlagene Karstadt-Mutterkonzern Arcandor Staatshilfe einfordert und das mit der Finanz-

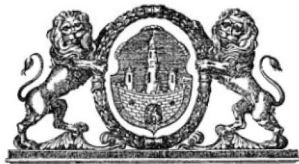
krise begründet: „Wenn Karstadt nun in Schwierigkeiten kommt, hat das weniger mit der Finanzkrise als mit Managementfehlern der Vergangenheit zu tun. Die Schwierigkeiten für Arcandor haben sich doch schon vor der Krise angebahnt.“ Nach Ansicht Uhlmanns

habe der Konzern genug eigenes Geld, das er zur Verfügung stellen könne – und zwar bevor er die Allgemeinheit um Finanzhilfe bittet. Und bei Schaeffler habe ein Privatunternehmer gezoxt und verloren. „Dann muss er die Konsequenzen tragen und nicht der Staat“, so Uhlmann.

Staatliche Hilfen für die Großen müssten sehr sorgfältig betrachtet werden. Uhlmann kritisiert: „Man kann aber feststellen, dass volkswirtschaftlich bedenkliche Hilfen ausschließlich für prestigeträchtige Unternehmen gemacht werden sollen, die mehr Wählerstimmen bringen, als beim Mittelstand zu holen sind.“

■ Indes sind die Chancen auf Staatshilfen für die Karstadt-Mutter Arcandor gestern stark gesunken. Das Unternehmen ist laut EU-Kommission nicht durch die Finanzkrise in eine Schieflage geraten, sondern hatte schon zuvor hausgemachte Probleme, wie Brüssel gestern mitteilte. Damit wäre der Weg zu einer Bürgschaft aus dem milliarden schweren Firmen-Hilfspaket der Bundesregierung versperrt.

Seite 23, Kommentar Seite 2



*Wer hohe Türme bauen will,
muss lange am Fundament verweilen.*

Anton Bruckner, 1824–1896, österr. Komponist

LOKAL-KOMMENTAR

Ein stolzer Preis

Von Claudius Ossig

Das laute Jammern der Großkonzerne in der Wirtschaftskrise übertönt einstweilen die Sorgen der mittelständischen Unternehmen. Zwar stehen bei einer kleineren Firma nicht Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Sie außer Acht zu lassen, nur weil sich Politiker aus Wahlkampfgründen am liebsten um die Großen kümmern, ist mehr als fahrlässig. Denn die mittelständischen Betriebe bilden den Motor der Volkswirtschaft.

Aber deren Mittel, Forderungen durchzusetzen, sind begrenzter als die riesiger Unternehmen. Wenn aber ein durch die Finanz- und Strukturkrise

unverschuldet in Schieflage geratener Konzern mit dem Hinweis auf die zugesagten Finanzhilfen für Opel Milliarden-Hilfe fordert, ist es für den Mittelstand unter dem Aspekt der Gleichbehandlung nur gutes Recht, ebenfalls Unterstützung zu verlangen.

Kein Förderprogramm der Bundesregierung kann so unbürokratisch und schnell wirken, wie die von der CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) Harburg Land geforderten Steuersenkungen – auch wenn das den Bundeshaushalt stark belastet. Aber Milliarden-Subventionen sind auch ein stolzer Preis, den die Allgemeinheit zu zahlen hat.